

ESSENER MORGEN

Solidarisch – parteilich – links

Steiger-Award in Essen
Für nix und wieder nix



Seite 3

Europawahlen:
Argumente – Informationen
... und ein Interview mit Gergor
Gysi

Seite 4



Neues vom JobCenter:
**Und immer wieder die
Miete...**

Seite 6



Rat befürwortet Olympia
**Denn sie wissen nicht,
was sie tun**

Seite 7

Willkommen im Krankenhaus!

Vom Kampf gegen den Pflege-notstand

**& Kurz
& Knapp**

Willkommen im Krankenhaus! Bitte geben Sie Ihren Verstand bei der Anmeldung ab, damit die Fließbandarbeit nicht unnötig unterbrochen wird. Sind Sie als Notfall eingeliefert worden? Noch viel besser! Ab jetzt sind Sie kein Mensch mehr, sondern ein Fall, der pauschal bezahlt wird. Keine Sorge, Sie werden so behandelt, dass in kürzester Zeit der höchste Erlös dabei erzielt wird. Ihre Krankheit hat schließlich einen fixen Preis. Sie werden einfach mit minimalem Aufwand vorne eingefüllt und kommen mit maximalem Output schnell hinten wieder raus. Geht das nicht einen Tag schneller?

Die Zustände in Krankenhäusern sind unzumutbar. In der Alten- und Krankenpflege herrscht seit vielen Jahren Notstand, vor allem fehlt es an ausreichend Personal. Gesundheit und Menschenwürde bleiben auf der Strecke, und viele Pflegekräfte werden durch die Überlastung selbst krank. Eine der Ursachen ist die seit 2003 verbindliche Vergütung der Krankenhäuser durch so genannte Fallpauschalen, die zu Kommerzialisierung statt Fürsorge und Empathie führt.

Kommerzialisierung statt Fürsorge

Einige Pflegekräfte erwarten davon Verbesserungen der Arbeitsbedingungen durch geringere Arbeitsdichte, mehr Zeit für Patient*innen und bessere Entlohnung. Es sind jedoch genau diese Hoffnungen, die eine Pflegekammer nicht erfüllt. In Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Niedersachsen gibt es sie bereits. Dort konnten bisher keine Verbesserungen erreicht werden. Von einer erwarteten Selbstverwaltung von Pflegekräften kann nicht die Rede sein. Im Gegenteil,

eine Pflegekammer mit Zwangsgliedschaft und entsprechend hohem Zwangsbeitrag auf die niedrigen Löhne schwächt die Schlagkraft der Gewerkschaften.

Es ist und bleibt die Aufgabe der Gewerkschaften, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zugunsten der Beschäftigten zu erstreiten.

In Essen arbeitet jede*r fünfte Lohnabhängige im Gesundheitsbereich. Es ist damit einer, wenn nicht der größte Wirtschaftsbereich Essens. An 16 Krankenhäusern und in zahlreichen Pflegeeinrichtungen wird das Personal bis an den Rand des Aushaltbaren getrieben. Das zu ändern, ist unsere Aufgabe.

Die aktuelle Landesregierung aus CDU und FDP hat in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, eine Pflegekammer in NRW zu errichten. In einer Umfrage, in der mit 1.503 Befragten noch nicht einmal 1 Prozent der derzeit 195.960 in NRW arbeitenden Pflegefachkräfte befragt wurden, haben sich 885 Befragte dafür ausgesprochen.

NRW-Gesundheitsminister Josef Laumann (CDU) wertet dieses Ergebnis als Auftrag, noch vor der Sommerpause einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen.

Wähle eine soziale Partei, nicht eine des großen Geldes. Wähle eine Partei des Friedens, nicht des Kriegs! Wähle eine Partei der Menschenrechte und keine, die sie mit Füßen tritt. Wähle eine Partei, die sich stark macht für ein solidarisches Europa und nicht für ein Europa der Profiteure.

Was Du wählst, ist nicht



egal. Deine Wahl entscheidet mit, wer Dich im EU-Parlament vertritt. 96 Abgeordnete aus Deutschland gehen dorthin. Verschenke keinen Platz an jene, die mit Füßen treten, was Dir wichtig ist: Solidarität, Nachhaltigkeit, Offenheit, Demokratie und Frieden!

Wofür DIE LINKE antritt, steht auf den Innenseiten dieser Ausgabe.

darfsgerechte Personalschlüssel in allen Bereichen der Pflege. Damit muss endlich Schluss sein.

Es gibt seit langem einen wachsenden Widerstand unter den Pflegekräften, den Patient*innen und in der Bevölkerung. Im vergangenen Jahr gab es in ganz Deutschland Streiks an Kliniken, große Demonstrationen, bei denen Tausende von Pflegekräften auf die Straße gingen. Dutzende Pflegebündnisse gründeten sich. An der Uniklinik in Essen wurde durch wochenlangen Streik eine Vereinbarung mit dem Klinikvorstand erkämpft.

Bis November 2018 hätten danach 140 neue Pfleger*innen eingestellt werden sollen. Diese Frist ließ der Klinikvorstand verstreichen und stopft die Lücken mit ca.

Bürgerbegehren als Schlüssel zum Erfolg

Der Pflegekollaps hat politische Gründe, die mit den Mehrheiten in den Parlamenten zu tun haben. Die Regierungen sind seit Jahren dafür verantwortlich, dass es den Pflegekräften immer schlechter geht. Sie unterstützen Privatisierungen von Pflegeeinrichtungen und Lohndumping. Sie stellen sich noch immer gegen be-

120 Leiharbeiter*innen. Wir fordern dagegen einen gesetzlichen Personalschlüssel, der sich am Bedarf orientiert und nicht am Profit. Wir brauchen eine gesellschaftliche Mehrheit, die so lange für diesen Personalschlüssel kämpft, bis die Regierung gar nicht anders kann als nachzugeben.

Ein Schlüssel zum Erfolg könnte ein Volksbegehren sein. Das Volksbegehren ist unser Instrument, um die Politik in Bewegung zu setzen. Wir wollen als Gesellschaft mit sozialer Ordnung dafür sorgen, dass gesorgt wird! Pflege findet überall in allen Alters- und Einkommensklassen statt. Mit dem Volksbegehren kämpfen wir für Gerechtigkeit aller, für das Wohlergehen unserer Kranken und für soziale Absicherung statt Neoliberalismus. 1,1 Millionen Unterschriften sind unser Ziel. Pflege braucht mehr Personal, bessere Arbeitsbedingungen und die Pflegekräfte mehr Lohn!

DIE LINKE arbeitet aktiv im Essener Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus mit.

Die AG Pflege trifft sich donnerstags ab 19 Uhr im Rahmen des Aktivtreffens im Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1.

Arbeitnehmerrechte sichern!

Das städtische Wohnungsunternehmen Allbau und die städtische Gesellschaft für Grundstücksverwaltung GVE werden demnächst von einer gemeinsamen Managementholding geführt. Allerdings ist eine Beteiligung der Arbeitnehmer*innen im neuen Aufsichtsrat – anders als im Allbau-Aufsichtsrat – nicht vorgesehen. DIE LINKE fordert, dass die Arbeitnehmer*innen auch im neuen Aufsichtsrat vertreten sind. Außerdem soll gleicher Lohn für gleiche Arbeit gelten. Bisher gilt für Teile der Belegschaft in einer Untergesellschaft der Allbau ein schlechterer Tarifvertrag.

Geburtsurkunden her!

Wie die Stadt Essen jetzt auf eine Anfrage von Pro Asyl Essen mitteilte, haben 2018 insgesamt 245 Kinder von Menschen mit ausländischer Nationalität keine Geburtsurkunden, sondern nur eine vorläufige Geburtsbescheinigung bekommen. Deutschland ist aber nach der UN-Kinderrechtskonvention dazu verpflichtet, Kinder unverzüglich nach ihrer Geburt zu registrieren. Statt eidesstattliche Erklärungen zu akzeptieren, wenn z.B. Originaldokumente aus Kriegsgebieten nicht beschafft werden können, verweist die Stadt auf Einzelfälle, in denen angeblich falsche Angaben gemacht wurden. Das Vorgehen des Standesamtes wird Mitte Mai im Integrationsrat besprochen. DIE LINKE wird sich dort für ein großzügiges Handeln zugunsten der Kinder einsetzen.

Nicht erpressen lassen!

Seitdem die Verwaltung dem Wohnungsbaukonzern Vonovia mitgeteilt hat, dass er keine Genehmigung zum Bau einer Kita auf dem schönen, baumbestandenen Ostermannplatz im Eltingviertel erhalten wird, bockt der Konzern. Er hat die Pachtverträge mit der Stadt zur Nutzung eines Teils des Platzes als Bolzplatz gekündigt und will klagen. Dabei hat die Verwaltung bereits dargelegt, dass es Alternativen für den Bau einer Kita gibt, so dass der Platz öffentlich bleiben kann. Die Initiative zum Erhalt des Ostermannplatzes hatte darauf schon länger hingewiesen.

Kommentar zum Stadtgeschehen

Die Luft wird dünn

von Ralf Fischer

Beim letzten Kommentar schrieb ich: „Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit kommen sie, die Fahrverbote.“ Da war noch nicht mit der Reaktion der Großen Koalition auf Bundesebene zu rechnen, lieber die geltenden Grenzwerte per Gesetz aufzuweichen, als sich wirklich um die Gesundheit der Menschen zu sorgen. Übrigens nicht nur mit den Stimmen von CDU und SPD, sondern auch von FDP und AfD.



Ralf Fischer ist Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE. Essen

Darauf wollte sich offenbar auch die Große Koalition in Essen ausruhen. Doch nun haben wir es schwarz auf weiß: die Schadstoffbelastung steigt wieder, die Alfredstraße wird zum Brennpunkt. Die Luft wird dicker, oder anders gesagt: Die Luft für die Hängepartie-Politiker wird immer dünner.

Nun wird die zuständige Dezernentin Simone Raskob so zitiert: „Wir können uns nicht ausruhen. Wir müssen die Grenzwerte überall einhalten.“ Doch: ausruhen wovon? Bisher hat die Stadt Essen nicht viel getan, außer schöne Pläne aufzustellen und die Mittel, die der Bund bereitgestellt hat, unter einer kleinen Zahl von Menschen zu verteilen, die nun eine Zeitlang kostenlos oder zu ermäßigtem Preis innerhalb der Stadtgrenzen mit der Ruhrbahn fahren dürfen.

Haben wir irgendwo einen Ansatz hin zur Verkehrs-, gar zu einer Mobilitätswende gesehen? Nein, darum geht es den Verantwortlichen nicht. Hauptsache es gelingt ihnen irgendwie - zur Not über das Verrücken der Messstationen - die Grenzwerte unter die Schwelle zu kriegen. Mit der Rückeroberung der Stadt durch die Menschen hat das nichts zu tun.

In den Metropolen dieser Welt, zu denen sich Essen in bekannter Vermessenheit ja gerne rechnet, wird längst an einer Zukunft ohne Verbrennungsmotoren gearbeitet. In Madrid, in Barcelona, in Paris, in Amsterdam, in London, in Kopenhagen, in Oslo, in Wien - um nur einige westeuropäische Städte zu nennen - werden weitreichende Eingriffe in den PKW-Verkehr vorgenommen. Mutig werden Überbleibsel einer fehlgeleiteten Verkehrspolitik kassiert. Mit klaren Ansagen trauen sich die Verantwortlichen, am Umbau ihrer Städte zu arbeiten. Wir, die wir diese Städte als Tourist*innen besuchen, dürfen staunen.

In Essen aber ist die Uhr im fossilen Zeitalter stehen geblieben. Solange dies so ist, müssen wohl die Kids von „Fridays for Future“ fleißig weiter demonstrieren.

Steag:

Einstieg in den Ausstieg

von Gabriele Giesecke

Die Ratsfraktion DIE LINKE unterstützt den Einstieg in den Ausstieg aus der Steag. Sie hatte bereits vor einem Jahr den Antrag gestellt, den Ausstieg als Anteilseigner der Steag zu prüfen. Denn die Erfahrungen mit der Steag haben gezeigt, dass international agierende Konzerne nicht zur Daseinsvorsorge der Kommunen passen und gehören. Seit 2010 ist die Steag zu 100 Prozent in kommunalem Eigentum von insgesamt sechs Städten.

Die zum Teil hohen Erwartungen, die der Essener Rat und auch DIE LINKE hatten, sind nicht in Erfüllung gegangen. Die Ratsfraktion DIE LINKE hatte 2010 dem Ankauf von 15 Prozent der Steag-Anteile zugestimmt, damit sich die Steag unter kommunalem Einfluss als Energieversorger regional und ökologisch neu aufstellt. Stattdessen hat sie das Auslandsgeschäft ausgedehnt, für den ökologischen Umbau zu wenig Anreize gesetzt und Teile des Fernwärmegebiets im Ruhr-



Gabriele Giesecke ist Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Essen

gebiet aufgegeben. Darüber hinaus ist die Steag schon vor Jahren wirtschaftlich ins Trudeln geraten und setzt auf riskante Auslandsgeschäfte, um weiter wettbewerbsfähig zu sein.

Von einer kommunalen Einflussnahme auf die strategischen Entscheidungen der Steag durch die kommunalen Eigner kann nicht ansatzweise die Rede sein. Selbst minimalste demokratische Einflussnahme ver-

weigert die Steag. So wurde ein kommunaler Beirat bei der Steag nie eingerichtet - trotz entsprechender Beschlüsse in den Stadträten der beteiligten Städte.

Die Steag ist hoch verschuldet, z.T. laufen die Kreditverträge jetzt aus. Um hier günstige Kreditkonditionen für die neuen Verträge zu bekommen, sind die beteiligten Städte jetzt gefordert, Geld zur Verfügung zu stellen bzw. Bürgschaften zu übernehmen. Der Stadtrat in Essen hat sich für die Übernahme einer Bürgschaft von bis zu 20 Millionen Euro entschieden, um die auslaufende Finanzierung abzusichern. Damit steigt natürlich auch das finanzielle Risiko für die Stadt Essen, die für die Geschäfte eines Konzerns geradestehen muss, auf den sie weiterhin kaum Einfluss hat. Deshalb ist ein Verkauf der städtischen Anteile nur folgerichtig.

ADFC-Test: Kein Ruhmesblatt

Erneut katastrophal ist der aktuelle „Fahrradklima-Test“ des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC) für Essen ausgefallen. Essen landete auf den hinteren Plätzen der Großstädte in NRW, im Ruhrgebiet schnitten nur Duisburg und Dortmund schlechter ab. Und das, obwohl die Stadt seit der Bewerbung zur „Grünen Hauptstadt“ für 2017 das Ziel beschlossen hat, den Radverkehr von ca. 6 auf 25 Prozent zu steigern.

DIE LINKE fordert seit langem größere Anstrengungen zum Ausbau der nachhaltigen Ver-

kehrsformen. Der Autoverkehr dominiert Straßen und Verkehrspolitik; Fahrradfahren ist

auf den Hauptverkehrsstraßen oft ein Abenteuer. Eine gute Nord-Süd-Verbindung fehlt, und der Ausbau von Fahrradstraßen von Rüttenscheid über Holsterhausen nach Frohnhausen, wie er im Rahmen des „Lead City“-Programms gefördert wird, wird vor allem von CDU und FDP in Frage gestellt. Der Ausbau des Rad-schnellweges Ruhr RS 1 stockt ausgerechnet in Essen wegen ehrgeiziger Baupläne des Planungsdezernats.

Da Zahlen manchmal Bände sprechen: Kopenhagen gibt im Jahr pro Einwohner*in rund 35 Euro für den Ausbau des Radverkehrs aus, Amsterdam 11 Euro, Berlin immerhin noch 4,70 Euro und Essen knapp 2 Euro. Es ist noch viel zu tun für eine Verkehrswende!

Wolfgang Freye

Rosige Zeiten?

100 Jahre Frauenwahlrecht

1919 durften Frauen erstmals den Essener Stadtrat mitwählen. Acht Frauen zogen auch als Abgeordnete in den Stadtrat ein. Aus Anlass des Gedenkens an 100 Jahre Frauenwahlrecht hat nun die Gleichstellungsstelle der Stadt Essen gemeinsam mit der Historikerin Susanne Abeck eine interessante Ausstellung zur Gleichstellung von Frauen entwickelt. Sie wurde am Internationalen Frauentag, dem 8. März, im Foyer des Rathauses eröffnet.

Die Ausstellung stellt die ersten weiblichen Ratsmitglieder vor und gleichzeitig aus jeder Fraktion ein weibliches Ratsmitglied des heutigen Rates. Dabei gehen die Ausstellungsmacherinnen der Frage nach: Was hat sich in den letzten 100 Jahren getan, und wie ist es um die Gleichstellung von Frauen heute bestellt?

Die Ausstellung beginnt mit den Worten: „Bis 1908 durften Frauen keiner Partei beitreten, kein Abitur machen und nicht studieren. Und bis 1918 besaßen sie kein Wahlrecht. Die Mehrheit der Menschen war davon überzeugt, dass die politischen und öffentlichen Belange in den Händen der Männer gut aufgehoben waren.“ Daran gemessen, sind die Frauen bis heute ein gutes Stück weitergekommen.

Weiter heißt es im Presstext der Gleichstellungsstelle: „Rosige Zeiten könnte man mei-



nen, wenn man sich den Zeitstrahl anguckt, der auf zwei der acht Roll-Ups (...) zu sehen ist. Aber es gibt immer noch viel zu tun. Der Pioniergeist von Frauen wie der Aktivistin Minna Deuper, die als radikal galt, weil sie das Frauenwahlrecht forderte, wird auch heute noch gebraucht. Da sind sich die elf Frauen einig, die für die Gegenwart porträtiert wurden. Handlungsbedarf sehen sie beispielsweise im Hinblick auf die Vernetzung von Frauen. Sie plädieren vor allem für die Überwindung veralteter Rollenbilder als einen wichtigen

Schritt zur Gleichberechtigung. So unterschiedlich die Frauen damals wie heute sind, sie eint eines: Der Mut und der Wille, sich für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern einzusetzen.“

Die Ausstellung ist so konzipiert, dass sie an unterschiedlichen Orten in der Stadt gezeigt werden kann. Erst im Rathausfoyer, dann in der VHS Essen, im Mai ist sie im Haus der Geschichte zu sehen. Auf der Homepage der Gleichstellungsstelle ist sie auch online verfügbar.

Erhöhung der Sportförderung:

Tropfen auf den heißen Stein

Die von der Ratsfraktion DIE LINKE schon seit Jahren im Sportausschuss geforderte Erhöhung der Zuschüsse für Sportvereine, die eine Anlage in Eigenverantwortung führen, ist nun Wirklichkeit geworden, ist aber unzureichend.

von Herbert Bußfeld

Die Erhöhung der Zuschüsse um 35 Prozent hört sich erstmal großartig an. Tatsächlich ist diese Erhöhung nach einem Jahrzehnt nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Für die Unterhaltungs- und Betriebskosten eines Kunstrasenplatzes mit Umkleieräumen und Duschen bekamen die Vereine bisher einen Zuschuss von ca. 3.500 Euro jährlich. Die Erhöhung um ca. 1.200 Euro wird keinen Vereinsvorstand in Jubelstürme versetzen.

Der gewährte städtische Zuschuss reicht bei weitem nicht aus. Ein Großteil unserer Sportanlagen überlebt nur, weil Ehrenamtliche aus den Vereinen einen Teil ihrer Freizeit als Platzwarte oder Haus-



Herbert Bußfeld vertritt DIE LINKE als sachkundiger Bürger im Sportausschuss

meister verbringen. Einen Platzwart auch nur mit Mindestlohn und wenigstens zwei Stunden Beschäftigung am Tag einzustellen, kann sich kein Verein erlauben.

Es muss neue Richtlinien mit einer verbesserten realistischen Sportförderung für die Vereine geben, die eine Anlage in Eigenverantwortung betreiben. Würden alle etwa 40 Sportanlagen in Eigenverantwortung mit Platzwarten (Jahreskosten ca. 40.000 Euro) besetzt werden, verursachte dies Mehrkosten von ca. 1,6 Mio. Euro. Die jetzt beschlossene Erhöhung der Zuschüsse um insgesamt 23.000 Euro jährlich kann nur ein Anfang sein, um die sportliche Infrastruktur in unserer Stadt zu erhalten.

Impressum:

Essener Morgen – Solidarisch, parteilich, links

wird herausgegeben vom Kreisverband DIE LINKE. Essen in Kooperation mit der Ratsfraktion DIE LINKE. Essen und dem Bürger*innenbüro Niema Movassat (MdB); Redaktion: Ralf Fischer (Kreisverband, v.i.S.d.P.), Thorsten Jannoff (Ratsfraktion); Seite „Aus dem Bundestag“: Niema Movassat (v.i.S.d.P.).

Satz und Layout: Steinmann, Feldhaus & Partner GmbH, Otmarstr. 5, 45131 Essen; Druck: Nordost-Druck GmbH & Co. KG, Flurstr. 2, 17034 Neubrandenburg; Auflage: 5.000 Stück.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassungen von Redaktion und Herausgeber wieder.

Kontakt: Redaktion Essener Morgen, Heinz-Renner-Haus, Severin-str. 1, 45127 Essen, Telefon: 0201-8907790, E-Mail: redaktion@essener-morgen.de

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Oktober 2012. Die nächste Ausgabe erscheint Mitte August 2019..

Endlich in Essen: Der Steiger-Award! Andere haben die Goldene Kamera, den Goldenen Bären oder gar den Oskar! Und nun hat Essen endlich auch etwas: den Steiger Award. Muss ja was ganz Tolles sein, wenn OB Kufen persönlich dafür Sorge trägt, dass der von dem berühmt-berüchtigten „Promi-Vermittler“ Sascha Hellen erfundene Preis in Essen verliehen werden kann.



Auch die Presse überschlägt sich: „Zum 14. Mal erhielten Schauspieler, Musiker, Politiker und andere Prominente den Preis, der an die Tugenden eines Steigers, des Vorarbeiters im Bergbau, erinnern soll: Geradlinigkeit, Offenheit und Toleranz. Das Welterbe Zeche Zollverein als Schauplatz der Gala war passend zum Preis gewählt.“ (WAZ)

Wer kommt da hin? Vor allem viel Promis. „Heino, Senta Berger und der kroatische Premierminister Andrej Plenkovic: Promi-Auflauf beim Steiger Award – diesmal in Essen. Zum 14. Mal erhielten Schauspieler, Musiker, Politiker und andere Prominente den Preis. Das Welterbe Zeche Zollverein als Schauplatz“ war zu lesen, von BILD bis zur Wetterauer Zeitung, vom Stern bis zum Donaukurier.

„Heino wurde von seiner Frau Hannelore (76) begleitet. Tischnachbarn waren Dieter Hallervorden (83) und dessen Partnerin Christiane

Steiger-Award in Essen

Für nix und wieder nix

(Teil 1)

Zander (48). Andrej Plenkovic (48) wurde für sein europapolitisches Engagement geehrt. Die Laudatio hielt Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet (58, CDU).“ (Bild) Die Lobrede auf Heino hielt keine Geringere als Fürstin Gloria von Thurn und Taxis, besser bekannt als „Schnacksel-Gloria“, da sie seinerzeit bemerkte, dass „der Neger eben viel schnacksel“. Eine Fürstin in Essen!

Weitere Preisträger in verschiedenen unverständlichen Kategorien waren Schauspieler wie Senta Berger, Uschi Glas und Michael Mendl. Moderatorin Anne Will wurde ebenso bedacht wie Unternehmer Jürgen Großmann, der im Steiger-Anzug erschienen war. Die



Der Autor ist aktiv in der Basisgruppe DIE LINKE. Rüttenscheid und im Arbeitskreis öffentlicher Nahverkehr.

Reden hielten Schriftstellerin Elke Heidenreich, Musiker Götz Alsmann, Künstler Markus Lüpertz und – sieh an – SPD-Politiker Thomas Kutschatzy.

Nicht zu vergessen Regisseur Hans W. Geißendörfer, der den Preis in der Kategorie „Sonderpreis“ entgegennahm. Der WDR kann da kaum an sich halten: „Mit der renommierten Auszeichnung sollen Menschen geehrt werden, ... die sich auf ihrem Wege nicht beirren lassen und bereit sind, Verantwortung zu übernehmen“, so die Stifter. Der Begriff „Steiger“ stammt aus dem Bergbau und diene als Synonym für die Gradlinigkeit und Offenheit der Bergleute.“

Also, was ist das, dieser Steiger Award? Und von wem wird er „gestiftet“? Schauen wir bei Wikipedia: „Die Steiger Awards sind seit 2005 jährlich vergebene Auszeichnungen an Persönlichkeiten, die besonderes Engagement in den Bereichen Toleranz, Charity, Musik, Film, Medien, Sport, Umwelt oder Zusammenwachsen der europäischen Staatengemeinschaft gezeigt haben. ... Initiiert und von Beginn an organisiert wurde der Preis von Sascha Hellen, dem Inhaber der Hellen Medien Projekte GmbH. Er finanziert die Galaveranstaltung durch Eintrittsgelder. Die Tickets liegen bei 190 Euro. Die Preisträger erhalten kein Preisgeld. Die Preisträger werden frei von

Renommiert? Die Stifter?

Na, wenn das kein Grund ist, sich für diese Veranstaltung in Essen stark zu machen, dachte OB Kufen, zumal er auch mal neben Uschi Glas rumstehen und klatschen darf. Wenn das eigene Licht nicht hell genug strahlt, be-

Sascha Hellen ausgewählt; Kriterien sind nicht bekannt.“

Auch nicht begeistert und geradezu lakonisch stellen die „Ruhrbarone“ fest: „Der Steiger Award wird jährlich auf einer Veranstaltung verliehen, bei der es dem Organisator Sascha Hellen gelingt, Prominenten für irgendwas einen Preis in die Hand zu drücken.“ Und richtige Spaßverderber sind natürlich wieder linke Kommunalpolitiker. So schreibt das links-alternative Wahlbündnis „Soziale Liste Bochum“: „Auch nach intensiver Recherche ist es nicht gelungen, einen plausiblen Sinn für den Preis (Award = Belohnung), die Verleihung und die Veranstaltungen herauszufinden. Es sei denn, dass eine Ansammlung von Prominenten und vermeintlichen VIPs schon ein Wert an sich ist.“

Also halten wir fest: Es ist ein nichtdotierter Preis für Leute, die nichts getan haben, um irgendeinen Preis zu verdienen, er hat keinen plausiblen Sinn und wird nicht von einem Gremium und dafür völlig ohne Kriterien von einem gewissen Sascha Hellen nach eigenem Gutdünken verliehen. Vermutlich ist das Hauptkriterium, ob sie sich dazu überreden lassen, sich ein Stück Kohle in die Hand drücken zu lassen, ohne Kohle zu nehmen, und an der „peinlichsten Veranstaltung Bochums“ teilzunehmen (so ein alternatives Bochumer Stadtmagazin).

Na, wenn das kein Grund ist, sich für diese Veranstaltung in Essen stark zu machen, dachte OB Kufen, zumal er auch mal neben Uschi Glas rumstehen und klatschen darf. Wenn das eigene Licht nicht hell genug strahlt, be-

sorgt man sich halt Sterne von anderswo, um ein bisschen Glanz abzustauben. Promis hier, Promis da – damit schmücken sich unsere Provinz-Politiker gern! Endlich kommt ein bisschen Glanz und Glamour in unsere tristen Ruhrgebietsstädte. So ist es schon in Bochum gelaufen, warum sollte es das in Essen nicht auch?

Bekanntlich haben es Hochstapler da am leichtesten, wo sie die Eitelkeiten ihrer Opfer am besten zu bedienen wissen. Da glauben diese gerne, was sie glauben wollen. Promi-Vermittler sei er, dieser Hellen, ein Teufelskerl, der alle Promis persönlich kenne! Und so raunt man sich respektvoll zu: „Der hat sie alle in seinem privaten Telefonbuch!“ Als ob nicht jeder Schafskopf beim Management eines Promis oder Pseudopromis wie Steinbrück anrufen könne: „Ja, Schafskopf hier, wir planen ein Event und würden gerne Herrn Steinbrück dabei haben.“ – „Wie lange?“ – „Zwei Stunden.“ – „Zwei Stunden? Macht 25.000 Euro!“ – „25.000? Ist ja geschenkt! Deal!“

Wenn man allerdings kein herkömmliches Telefon bedienen kann, und dieses Manko scheint besonders im Ruhrgebiet weit verbreitet, dann braucht man einen – „Promi-Vermittler!“ Und schon wird deutlich, wer tatsächlich von dieser sinnfreien Veranstaltung profitiert und für wen sie Sinn ergibt: Sascha Hellen.

Wer ist Hellen?

Lesen Sie dazu den 2. Teil unserer Enthüllungsgeschichte in der nächsten Ausgabe oder online unter: www.essener-morgen.de

Fridays for Future:

Wir sind hier – wir sind laut!

von Marvin Jansen

Jeden Freitag bestreiken sie die Schulen in Essen, NRW, bundesweit, ja sogar auf der ganzen Welt: klimabewusste Schülerinnen und Schüler, Azubis und Studierende. Sie wissen, wer die Rechnung am Ende zu zahlen hat. Mittlerweile haben sich neben Eltern, Lehrerinnen und Lehrern auch knapp 27.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler den Forderungen der Klimabewegung angeschlossen und sagen: „Die junge Generation hat recht.“

Den Konservativen und Marktliberalen, die mit ihrer Politik der Konzerninteressen große Verantwortung für die Klimakrise tragen, fällt dazu bloß ein, die Schülerinnen und Schüler von oben herab als „Schulschwänzer“ zu tadeln. Schließlich hätten sie doch sowieso keine Ahnung vom Thema, und wer keine Ahnung hat, darf sich anscheinend auch keine Sorgen machen. Manch schlauer Politiker erhebt dazu die Forderung, dass bitte samstags demonstriert werden soll...



und die mediale Wirksamkeit ist dahin.

Die Fraktion DIE LINKE stellt sich hinter die „Fridays for Future“-Bewegung und ihre Forderungen. So stellte sie im Rat der Stadt einen Antrag, dass die Bewegung ihre Forderungen nicht nur vor dem Rathaus, sondern auch darin vortragen kann. Dies wurde allerdings gegen Protest der Linken und Grünen

in den Umweltausschuss verschoben. Der 13-jährige Levi zeigte dort mit seiner grandiosen Rede, warum der Rat vielleicht zu Recht gekniffen hat. Er stellte klar, dass seine Worte in den Rat und nicht in den Umweltausschuss gehören, da das Thema gesamtgesellschaftlich relevant ist. Doch „leider zeigen die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Essen wieder einmal,

Der Autor ist ein junger Aktivist im Kreisverband DIE LINKE und demonstriert freitags mit.

dass die Zusammenhänge nicht verstanden werden“, so Levi.

Selbstbewusst trug er offensichtliche Widersprüche der Essener Politik zusammen: „Die Stadt Essen schmückt sich gerne mit Titeln wie der Grünen Hauptstadt Europas 2017, aber wirklichen und effektiven Klimaschutz sucht man hier vergebens. Man findet hier mehr Konzernbüros von Klimawandel als Grünflächen, mehr Autos als Fahrräder und Millionen in Aktien klimaschädlicher Energien, die die Zukunft meiner und folgender Generationen aufs Spiel setzen.“

Abschließend fragte Levi ganz direkt: „Möchten Sie die Person sein, die die Probleme vergrößert und sich mitschuldig macht in einer gierigen Gewaltspirale mit einer grauen, alten Politik, die rückwärtsgewandt ist und uns um Jahrzehnte zurückwirft, oder möchten Sie die Person sein, die handelt und zwar zukunftsorientiert und für die Gesellschaft von heute und, noch viel wichtiger, für die Gesellschaft von morgen?“ Dem ist nichts hinzuzufügen. Es gibt eben keinen Planeten B.

Neues Kitajahr – alte Probleme

Der „kleine Vogel“ kann nicht fliegen

von Artur Schwarz

Auch wenn Essener Eltern bereits einiges gewohnt sind, startete die diesjährige Kitaplatzvergabe besonders chaotisch. So erreichte die Zahl an fehlenden Kitaplätzen einen neuen Höchstwert – für ganze 2.900 Kinder wird es voraussichtlich keine Plätze geben.

Als wäre dies nicht bereits Zumutung genug, gibt es wie jedes Jahr auch wieder Probleme mit dem Anmeldesystem „Little Bird“ (übersetzt: „kleiner Vogel“). Seit Einführung dieses Vergabesystems vor rund drei Jahren sind Abstürze des Systems eher die Regel als die Ausnahme. Kinder werden falsch zugeordnet, zu anderen Eltern oder falschen Tagesstätten. Dies bedeutet nicht nur eine unnötige Verzögerung und Mehrbelastung bei der Vergabe, sondern auch eine erhebliche Verletzung des Datenschutzes. DIE LINKE forderte deswegen schon mehrmals die Stadt Essen auf, sich endlich von diesem Programm zu verabschieden. Doch statt-



Artur Schwarz ist Mitarbeiter der Ratsfraktion DIE LINKE. Essen

dessen wurde immer wieder beteuert, die Probleme würden schnellstmöglich behoben werden oder würden gar nicht existieren. Die Ereignisse dieses Jahres machen erneut deutlich, wie real die Probleme sind.

Ein viel grundlegendes Problem bleibt der akute Mangel an freien Plätzen. In ihrer Verzweiflung gehen einige Eltern schon dazu über, Geschenke oder sogar Bargeld als zusätzliche „Empfehlung“ anzubieten. Diese Misere hat sich die Stadt durch eine seit Jahren andauernde Fehlplanung selbst eingebrockt. Statt eigene Flächen für fragwürdige Projekte an Investoren zu veräußern, sollte sie lieber an die Bedürfnisse der Essenerinnen und Essener denken.

Hierbei muss die Stadt nur immer wieder unter Druck gesetzt werden. Die Diskussion um die Bebauung des Ostermannplatzes hat gezeigt, dass es durchaus weitere Flächen für Kitas gibt. Dies sollte ein Signal für Eltern sein, sich weiter lautstark und auch durch Klagen für einen Ausbau der Kitaplätze einzusetzen.

Europatage – wie schaffen wir solidarisches Europa?



von Yannick Metzloff

In was für einem Europa wollen wir leben? Und wie kommen wir dahin? Zum Auftakt für den Europawahlkampf diskutierten bis zu 90 Interessierte im Heinz-Renner-Haus des Kreisverbandes DIE LINKE. Essen Ende März ein ganzes Wochenende mit Gästen aus ganz Europa. Braucht die EU einen Neustart, und wie sieht ein „Europa von unten“ aus? Die Thementage reichte über den Brexit, den Klimawandel, den Aufstieg der Rechten bis hin zu progressiven Bewegungen innerhalb der EU.



Martin Schröder
Macht Europa sozial DIE LINKE.

weiteres Referendum verhindert werden, da so den Bürgern ihre Mündigkeit abgesprochen werde und die Entscheidung durch wiederholte Referenden erzwungen werde. Als Internationalist müsse man aus der EU austreten, da diese zwingend in Europäer und Nicht-Europäer unterteile und so Menschen trenne. Danach könne man eine entsprechende Variante ohne Abgrenzung gründen, so Choonaras Abgrenzung zu den Brexit-Forderungen der Rechten.

Daneben wurden verschiedene Bewegungen innerhalb der EU vorgestellt. Durch Nóra Eörsi wurde die Studierendenbewegung in Budapest vertreten, die über die Aushöhlung des Sozialsystems und der Arbeitsrechte berichtete. David Albrich fasste die Erfolge der „Fridays for Future“-Bewegung und der Frauenstreiks zusammen und erklärte, warum wir diese stärken und organisieren müssen. David Karvala (UCFR, Barcelona) stellte die Unabhängigkeitsbewegung Kataloniens vor und rückte dabei den Kampf gegen Rechts in den Vordergrund.

Es gab viele weitere Debatten, für die der Platz an dieser Stelle nicht ausreicht. Es stellte sich aber überall heraus, dass Europa ein sehr stark diskutiertes Thema ist, bei dem es keine eindeutige Lösung gibt. Konsens aber war: Die Energie, etwas an der EU zu ändern, muss von unten kommen. Es gibt keinen Weg für eine bessere EU, der von oben diktiert wird, und das Ziel muss sein, mehr als nur die Europäischen Länder zu einen. Streitpunkt war: Ist nur der Kapitalismus und muss durch eine andere Wirtschaftsordnung abgelöst werden.

Besonders spannend geriet auch der Vortrag von Joseph Choonara (SWP, London) über die britische Linke und den Brexit. Seine umstrittene Position: Der Brexit dürfe nicht durch ein

Engeladen waren insgesamt 23 Referent*innen mit vielfältigen Schwerpunkten, darunter Mitglieder sowohl des Bundestages als auch des Europäischen Parlaments. Auch aus anderen Ländern der EU waren sechs Referent*innen zu Gast im Heinz-Renner-Haus.

Es gab eher grundsätzliche Vorträge wie den von Volkhard Mosler (DIE LINKE, Frankfurt/Main) über Aufbau und Struktur der Europäischen Union. Jürgen Klute debattierte mit Fabian Korner darüber, ob die EU „ein Projekt der Völkerfreundschaft“ sei oder nicht. Sabine Lösing (MdB DIE LINKE) diskutierte über die Aufrüstung in Europa, Niema Movassat (MdB DIE LINKE) über die Zusammenarbeit der Geheimdienste. Karsten Schmitz (DIE LINKE, Münster) betrachtete den Aufstieg der radikalen Rechten in ganz Europa. Zu diesem Thema gab es dann auch das Abschlusspodium, in dem Gabi Engelhardt (AgR), Sotiris Kontogiannis (Antarsya, Athen) und Karsten Schmitz ihre Erfahrungen im Kampf gegen rechts austauschten.



Yannick Metzloff ist aktiv im Kreisverband DIE LINKE. Essen



„Die Menschen begeistern für ein linkes Europa“ Gespräch mit Gregor Gysi zur Europawahl am 26. Mai

Am 26. Mai finden Wahlen zum Europaparlament statt, die Wahlen werden auch ein Gradmesser des Rechtsrucks in Europa. Wir sprachen mit Gregor Gysi, dem Vorsitzenden der Europäischen Linken, über die Ursachen des Rechtsrucks, die Schwäche der Sozialdemokratie und linke Antworten.

In wenigen Wochen wird das Europaparlament gewählt und vieles deutet auf einen Rechtsruck hin, was sind die Ursachen des europaweiten Rechtsrucks?

Gregor Gysi: Die Europawahlen waren nie so wichtig wie in diesem Jahr. Wir stehen vor der Entscheidung, ob die Krise der Europäischen Union zur Chance für einen Neustart wird oder ob innere und äußere Zerfallsprozesse forciert werden. Eine wesentliche Frage wird sein, ob es gelingt, rechtsnationale und rechtsextremistische Kräfte in die Schranken zu weisen

der Demokratie an und greift demokratische Strukturen und Grundrechte direkt an. Da muss die Linke dagegenhalten, zum direkten Gegenüber werden.

Welche Gefahr würde von einer geeinten europäischen Rechtsfraktion ausgehen?

Gregor Gysi: Das hinge auch davon ab, wie stark diese im Parlament vertreten wäre. Die Europäische Union der 27 hat sich in den Verhandlungen mit

Am tiefgreifendsten wirkt sich dies aus, indem wirtschaftliche Ungleichgewichte nicht etwa ausgeglichen oder zumindest schrittweise begrenzt, sondern weiter verstärkt werden, so dass die EU am Ende ein Exportraum für die produktivsten und effizientesten Volkswirtschaften wurde. Diese europäische Irrationalität hat die besondere britische überhaupt erst möglich gemacht. Der Brexit fand dort am meisten Zustimmung, wo Europa, ob zu Recht oder zu Unrecht, mit dem eigenen sozialen Niedergang verbunden wurde und deshalb der Kurs des nationalen Egoismus auf fruchtbaren Boden stieß. Im Kern geht es darum, ob die Demokratie weiter marktkonform ausgerichtet und damit in ihrem Wesen zerstört wird, oder ob wir auf demokratischem Wege für Märkte und Kapital Regeln festsetzen können, um die Interessen der Mehrheit der Bevölkerungen durchzusetzen. Die Rechte knüpft national und europäisch an diesen neoliberalen Zerfall. Die Rechte knüpft national und europäisch an diesen neoliberalen Zerfall. Die Rechte knüpft national und europäisch an diesen neoliberalen Zerfall.

Größbritannien hart und zumindest in dieser Frage einzig zeigt, um die Austrittsgelüste in anderen Ländern abzukühlen. Doch wenn die EU ihre innere Verfasstheit nicht grundlegend ändert, bleibt dies gerade angesichts des in vielen Ländern Europas grassierenden Nationalkonservatismus eine trügerische Hoffnung. Dann genügt der Funke eines vermeintlichen oder erhofften Vorteils außerhalb der EU, um das Feuer der Austrittsbestrebungen zu entfachen. Dann könnte der Brexit der Anfang vom Ende der Europäischen Union sein. Diese Prozesse würden von einer Fraktion der Rechtsnationalen und Rechtsextremisten maßgeblich mit befördert.

Ressourcenverfügbarkeit für die eigene Bevölkerung auf ein für erträglich gehaltenes Maß zu begrenzen und die resultierenden sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Verheerungen im Rest der Welt von den eigenen Grenzen fernzuhalten. So wenig der nationale „America first“-Egoismus von Trump geeignet ist, der Globalisierung zu begegnen, so sehr führt er uns die Gefahren vor Augen, wenn eine Volkswirtschaft wie die deutsche sehr einseitig auf den Export und damit darauf setzt, dass sich die anderen Länder verschulden, um unsere Produkte zu kaufen, um ihnen dann wieder die Verschuldung vorzuwerfen. Die Linke ist zu schwach wegen des Scheiterns des Staatssozialismus und weil wir nicht als wirtschaftspolitischer Garant erscheinen.

In einigen europäischen Ländern regieren rechte Parteien (Ungarn, Österreich, Italien), während die Linke in diesen Ländern am Boden liegt. Wie konnte es soweit kommen?

Gregor Gysi: Dies ist eine Art Gegenreformation zur neoliberalen Globalisierung, die in zwischen in praktisch allen Industriestaaten zu beobachten ist. Sie versucht, vermeintliche Lösungsmöglichkeiten wieder in den nationalen Rahmen zu pressen. Doch diese Versuche, sich von den Konsequenzen der neoliberalen Globalisierung quasi abzukoppeln, ohne deren Grundlagen in Frage zu stellen, können die Entwicklung nicht verändern – und wollen das auch gar nicht. Sie haben lediglich das Ziel, die erhofften und realen Früchte der weltumspannenden Kapitalverwertung im eigenen Land zu behalten bzw. dorthin zu bekommen, die extremsten Auswüchse von Billigkonkurrenz und umfassender

die Menschen in Europa zuerst wissen wollen, wie wir ihr Leben real verbessern können. Wir müssen gegen den nationalen Egoismus eine neue Solidarität setzen, denn die soziale Frage ist eine globale Frage geworden. Und neben dem Klimawandel die neue Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Wer, wenn nicht die Linke ist aufgrund ihrer Geschichte verpflichtet, die Antwort auf die soziale Menschheitsfrage zu suchen, zu finden, zu geben. Die Antwort auf die soziale Krise in der EU, die zu einer zunehmenden Spaltung der Bevölkerungen führt, während die daraus entstehenden Ängste politisch ausgenutzt werden, darf nicht eine Absage an die EU sein, sondern der Kampf für eine grundlegende Veränderung der Europäischen Union. Die Austeritätspolitik der Troika ist nicht hilfreich, sondern schadet immens. Portugal hat gezeigt, wie eine Politik der öffentlichen Investitionen und des sozial-ökologischen Umbaus viel erfolgreicher und schneller schulden abbaut.

Welche Aufgaben hat die Linke in Europa in den kommenden fünf Jahren, um stärker zu werden?

Gregor Gysi: Wir können und müssen die Menschen begeistern für unseren Weg in ein linkes Europa und wir dürfen keine Angst haben vor einer angeblich europaskeptischen Stimmung. Die Skepsis besteht nicht gegenüber Europa oder der EU, sondern gegenüber dem, was die Regierungen und die Eurokratie daraus gemacht haben. Damit wir Europa anders machen, braucht es den Mut und die Kraft zur Veränderung der EU und für eine vertiefte Integration von immer mehr Menschen. Es ist Zeit, dass wir uns Europa von den Großkonzernen und Großbanken zurückholen, von den nationalistischen Kleingeistern, den Rechtspopulisten und Rechtsextremisten, von den neoliberalen Besserwissern, von den Militärstrategen und von den politischen Hinterzimmermauschlern.

Vielen Dank für das Gespräch.

„Wir müssen gegen den nationalen Egoismus eine neue Solidarität setzen“

Das Gespräch führte Jules El-Khatib. Es wurde erstveröffentlicht auf freitagsliebe.de am 3. April 2019.

Gute Arbeit in Europa
Die Mindestlöhne müssen in allen Ländern der EU steigen. Armutslöhne wollen wir verbieten. In Deutschland fordern wir: kein Lohn unter 12 Euro. Es muss die Regel in der EU durchgesetzt werden, dass für gleiche Arbeit auch der gleiche Lohn gezahlt wird. Unternehmen, die öffentliche Aufträge übernehmen, müssen Mindestlohn und Tarif zahlen. DIE LINKE will: starke Gewerkschaften, starke Beschäftigte, gute Löhne, mehr Zeit zum Leben. Für alle.

Klima vor Profite
Saubere Energie fördern. Klimawandel stoppen. Die Energieerzeugung muss sauber sein. Wir wollen die schmutzigsten Kohlekraftwerke in Europa sofort abstellen – spätestens 2030 sind alle vom Netz. Atomkraft und Fracking erteilen wir eine Absage.

Flucht hat Ursachen
Waffenexporte stoppen. Menschen retten. Die EU plant mehr Geld in Rüstung zu stecken und weniger in die Förderung von guten Lebensverhältnissen. Wir sagen Nein! Aufrüstung und eine zusätzliche europäische Armee schaffen keinen Frieden. DIE LINKE will abrüsten und eine friedliche Außenpolitik. Aus der EU werden die meisten Waffen exportiert. Sie befuehren die Kriege und schaffen Fluchtursachen. Wir wollen Waffenexporte verbieten und die Ursachen von Flucht bekämpfen.

Mehr Geld für Bildung, Bus und Bahn
Reichtum gerecht verteilen. Wir lassen Menschen nicht ertrinken! Das Seerett muss wieder gelten: Menschen aus Seenot zu retten, ist Pflicht. Wir wollen sichere Fluchtwege. Menschenrechte müssen durchgesetzt werden. Kommunen, die Geflüchtete aufnehmen, erhalten zusätzliche Mittel für Bildung und bezahlbaren Wohnraum für alle. Öffentliche Infrastruktur braucht ausreichend Geld. Rassismus stellen wir uns in den Weg – überall in Europa.

Am 26. Mai 2019 DIE LINKE wählen
Macht Europa sozial DIE LINKE. am 26. Mai

Bei der Miete auf dem Teppich bleiben
Bezahlbare Wohnungen schaffen. Die Mieten in vielen Städten in Europa explodieren. Es gibt zu wenig bezahlbare Wohnungen. DIE LINKE will öffentlichen, sozialen und gemeinnützigen

Kurzwahlprogramm : Wofür steht DIE LINKE?

Gute Arbeit in Europa
Mindestlöhne rauf
GUT ARBEIT IN EUROPA

Mehr drin
Löhne rauf, Armut runter
(GHR) (D)

Klima vor Profite
Saubere Energie fördern
KLIMA VOR PROFIT

Flucht hat Ursachen
Waffenexporte stoppen
Menschen retten
FLUCHT HAT URSACHEN
SICHERE HÄFFEN
SCHMIEFF

Mehr Geld für Bildung, Bus und Bahn
Reichtum gerecht verteilen
MACHT EUROPA SOZIAL
DIE LINKE.

Steuern schon abgeliefert?
Konzerne zur Kasse
STEUERN SCHON ABGELIEFERT?

Bei der Miete auf dem Teppich bleiben
Bezahlbare Wohnungen schaffen
BEI DER MIETE AUF DEM TEPPICH BLEIBEN

Tu was gegen Nazis
Solidarität statt Hetze
TU WAS GEGEN RECHTS!

Macht Europa sozial DIE LINKE.
am 26. Mai

Macht Europa sozial DIE LINKE.
am 26. Mai



Özlem Aydin
Macht Europa sozial DIE LINKE.

Neues vom JobCenter:

Und immer wieder die Miete...

Endlich, möchte man sagen, ist sie da. Die neueste Anpassung der vom JobCenter gesetzten Mietobergrenze gilt seit dem 1. Januar 2019 rückwirkend. Sie sieht für die verschiedenen Bedarfsgemeinschaftsgrößen leicht erhöhte Werte für die so genannte „Brutto-Kaltmiete“ vor, also für die Summe aus Grundmiete und kalten Betriebskosten. Für eine Person sind dies beispielsweise 360 Euro statt zuvor 354 Euro. Das bedeutet für Einzelpersonen eine beeindruckende Steigerung von knapp 1,7 Prozent. Damit dürfte sich für Betroffene sicherlich ein ganz neuer Wohnungsmarkt eröffnen...



D von Rechtsanwalt Carsten Dams er gesamte Ansatz geht erneut am Problem vorbei. Die Festlegung der Mietobergrenzen durch die Stadt Essen erfolgt nach einem so genannten „schlüssigen Konzept“. Eine solche Verfahren wird vom Bundessozialgericht (BSG) gefordert. Das BSG legt fest, welche Methoden angewandt und welche Datengrundlage herangezogen werden müssen.

Aktuell gilt das Konzept der „Brutto-Kaltmiete“, einer Obergrenze, die sich aus Betriebskosten ohne Heizung (diese Kosten werden zusätzlich übernommen) und

Grundmiete zusammensetzt. Die Grundmiete wird aus dem Essener Mietspiegel nach ei-

nem Verfahren abgeleitet, das zu umfangreich ist, um es hier darzustellen – aber

Angemessene Unterkunftskosten Mietobergrenze Bruttokaltmiete	Seit dem 01.01.2019
1-Personen Bedarfsgemeinschaft	360,00 Euro
2-Personen Bedarfsgemeinschaft	458,25 Euro
3-Personen Bedarfsgemeinschaft	564,00 Euro
4-Personen Bedarfsgemeinschaft	679,25 Euro
5-Personen Bedarfsgemeinschaft	808,50 Euro
6-Personen Bedarfsgemeinschaft	895,20 Euro
7-Personen Bedarfsgemeinschaft	989,30 Euro
8-Personen Bedarfsgemeinschaft	1.079,40 Euro
9-Personen Bedarfsgemeinschaft	1.164,00 Euro
jede weitere Person	77,60 Euro



Der Autor berät als Fachanwalt für Sozialrecht viermal wöchentlich kostenfrei in Essen. Orte und Zeiten unter www.hartz4.nrw oder Telefon 0201-5147472.

seine Tücken zu Lasten der Berechtigten aufweist. Der Betriebskostenanteil ergibt sich aus dem Betriebskostenspiegel des Deutschen Mieterbundes für NRW. Auch dieser Ansatz – vom Landes-sozialgericht NRW (LSG) als Übergangslösung gedacht – wirft auf Dauer Probleme auf.

Bei der Grundmiete findet nach Ermittlung des angeblich angemessenen Wertes die vom BSG geforderte Gegenprobe, ob es denn zu diesem Preis ausreichend anmietbaren Wohnraum gibt, nicht statt. Vielmehr ist es ein „Erfahrungswert“

der Stadt, dass der Essener Wohnungsmarkt nicht angespannt ist. Aha. Im Rahmen der Betriebskosten wird vom eigentlichen Vergleichsraum (Stadt Essen) abgewichen und stattdessen der Kostendurchschnitt für ganz NRW zugrunde gelegt. Das kann nur bedarfsdeckend sein, wenn die Nebenkosten in Essen nicht höher als im NRW-Schnitt liegen. Hieran kann man zweifeln, liegt doch Essen schon bei Grundsteuer und Wasserkosten in NRW weit vorne.

Ähnliche Zweifel dürften auch an der Spitze der Sozialverwaltung bestehen, anders kann eine bemerkenswerte Kehrtwende über die Jahre nicht gedeutet werden. Noch im November 2013 kündigte der damalige und heutige Sozialdezernent Peter Renzel nach Informationen der NRZ an, man werde einen Betriebskostenspiegel für Essen erstellen. Im Mai 2014 tönte Renzel: „In spätestens vier Wochen liegt dieser vor.“

Nun schreiben wir Mai 2019, und der schwarze Peter liegt immer noch bei den Leistungsberechtigten. Ein Betriebskostenspiegel für Essen wurde nie vorgelegt. Man beugte sich lediglich der Rechtsprechung des LSG, die nur zustande kam, weil keine Zahlen für Essen da waren.

Dabei will man es offenbar belassen, weil man befürchten muss oder gar weiß, dass gültige Zahlen für Essen zu Mehrausgaben führen würden. Darüber ob die Daten nicht erhoben oder lediglich nicht veröffentlicht wurden, ist sich der Autor nicht sicher.

Sicher ist aber, dass ein Anspruch auf die Bereitstellung ausreichenden Geldes für das menschliche Grundbedürfnis „Wohnen“ aus der in Artikel 1 Abs. 1 Grundgesetz garantierten Menschenwürde folgt. Diese ist unantastbar. Der Stadtsäckel ist es nicht.

Um sicherzustellen, dass wenigstens das gezahlt wird, was nach aktueller Rechtslage allen zusteht, kann Betroffenen nur geraten werden, eine der vielfältigen Beratungsstellen in Essen aufzusuchen. Dies gilt insbesondere dann, wenn man einen neuen Bescheid erhält, in dem noch nicht einmal die in der beigefügten Tabelle genannten Beträge eingehalten werden.

Das gilt auch bei Kürzungen nach einem ungenehmigten Umzug. Dabei kann man dann auch gleich erfahren, welche leistungsrechtliche Bedeutung Durchlauferhitzer, Badezimmerkonvektoren und andere Ausstattungsgegenstände haben.

Wie wir die „Steeler Jungs“ los werden

Offene Hartz4-Beratungen

Montags, 9.30 - 11.30 Uhr
Ev. Lutherkirchen-Gemeindezentrum, Ohmstraße 9, Altendorf, mit RA Carsten Dams

Montags, 10.00 - 12.00 Uhr (außer letzter Montag im Monat)
Treffpunkt Altendorf, Kopernikusstr. 8, Altendorf

Dienstags, 10.00 - 12.00 Uhr
Zeche Carl, Förderturmhaus, Wilhelm-Nieswandt-Allee 102, Altenessen

Dienstags, 10.00 - 12.00 Uhr
Ev. Markus-Gemeindehaus, Postreitweg 86, Frohnhausen

Dienstags, 13.30 - 15.30 Uhr
Büro der BG45 im Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, Innenstadt, mit RA Carsten Dams

Mittwochs, 9.00 - 11.00 Uhr
Der Paritätische, Camillo-Sitte-Platz 3, Huttrop

Mittwochs, 10.00 - 12.00 Uhr
Stephanus-Gemeindezentrum, Langenberger-Str. 434a, Übrerruhr

Mittwochs, 14.00 - 16.00 Uhr
Friedrich-Uehrichs-Haus bei St. Gertrud, Rottstraße 32, Innenstadt

Mittwochs, 15.00 - 17.00 Uhr
Ev. Jugend- und Gemeindezentrum Weigle-Haus, Hohenburgstraße 96, Innenstadt, mit RA Carsten Dams

Donnerstags, 9.00 - 12.00 Uhr
Bürgerzentrum KonTakt, Katernberger Markt 4, Katernberg, mit RAin Gabriele Junker

Donnerstags, 10.00 - 12.00 Uhr
Bürger- und Jugendzentrum, Wesselswerth 10, Werden

Donnerstags, 16.00 - 18.00 Uhr
Büro DIE LINKE. Essen, Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, Innenstadt, mit RAin Gabriele Junker

Freitags, 9.00 - 11.00 Uhr
Sozialpädagogische Familienhilfe e.V., Borbecker Platz 5, Borbeck, mit RA Jan Häußler

Freitags, 9.00 - 11.00 Uhr
Ev. Gemeindezentrum Königsstele, Kaiser-Wilhelm-Straße 39, Steele, mit RA Carsten Dams

Freitags, 11.00 - 13.00 Uhr
Zwingli-Jugendhaus, Theodorstraße 20 am Eltingplatz, Innenstadt

Die Vorfälle in Steele häufen sich. Seit über einem Jahr marschieren die martialisch aussehenden sogenannten „Steeler Jungs (SJ)“ durch den Essener Stadtteil. Vor Wochen schossen Unbekannte auf das Kulturzentrum Grend, und Mitglieder der SJ haben Fotos von Teilnehmenden des Bündnisses „Steele bleibt bunt“ geschossen. Wie werden wir diese Typen wieder los?

Bei der Suche nach den „Steeler Jungs“ im Internet findet man unter anderem eine Facebookgruppe mit 82 Mitgliedern und „zahlreiche Beiträge von besorgten Usern“, außerdem Fotos von vermeintlichen Mitgliedern der Organisation. Man stellt schnell fest: Diese Menschen sind RWE-Fans, teilweise in der Rockerszene oder waschechte Nazis. So findet man im Profil eines „Mitglieds“ den Wahlspruch der SS: „Meine Ehre heißt Treue.“ Bei anderen finden sich Bilder der Nazi- und Hooligan-Truppe „HoGeSa“ und der „Bruderschaft Deutschland“. Es kursiert auch ein Bild aus einem Steeler Lokal, bei dem sich jemand mit eintätowiertem Hakenkreuz auf dem Unterarm ablichten ließ.

Zweifel daran, wie diese Gruppe gestrickt ist, sind nicht mehr möglich. Die Strategie der SJ ist einfach: Sie wollen den öffentlichen Raum er-

obern, indem sie nicht durch politische Parolen auffallen, sondern durch ihre bloße Anwesenheit Demokrat*innen und Antifaschist*innen einschüchtern. So soll ihre martialische Präsenz zur „Normalität“ werden. Ähnliche Strategien verfolgen rechte „Bürgerwehren“ auch in anderen Städten. Im Kern ist dies eine landesweite, wenn nicht gar internationale Strategie neofaschistischer Gruppen.

Das Klima für die „Steeler Jungs“ haben jedoch andere vorbereitet: Politiker*innen wie Thilo Sarrazin, die kulturellen und biologischen Rassismus wieder salonfähig machten. Parteien wie die AfD, die offene Nazis zu ihren Mitgliedern, Parlamentarier*innen und Mitarbeiter*innen zählt. Bernd Höcke und Konsorten, die durch gezielte „Tabubrüche“ das Sagbare immer weiter nach rechts verschieben.

Die Reaktionen aus der Kommunalpolitik waren bisher verhalten, was sich nun mit einer Resolution der Bezirksvertretung VII geändert hat. DIE LINKE greift diese Initiative auf und strebt eine ähnliche Resolution für den Stadtrat an. Doch das reicht nicht.



Daniel Kerekeš ist Sprecher des Kreisverbandes DIE LINKE. Essen

Um den grassierenden Rassismus zu bekämpfen, müssen wir breite Bündnisse schmieden und Menschen gegen rechts mobilisieren und organisieren. Dazu gehören migrantische Vereine, Gemeinden von Kirchen, Moscheen und Synagogen, Fußballfans, Gewerkschaften und viele, viele mehr.

Das bedeutet gleichzeitig, das man sich nicht mit kleinen „radikalen“ Aktionen begnügen darf. So hat z.B. der griechische Aktivist und Antifaschist Sotiris Kontogiannis einen passenden Vergleich gezogen: „Natürlich kann man Steine nehmen und diese auf die Zentren der Rechten werfen, doch was hat man davon? Am Ende gibt es ein paar zerbrochene Scheiben, und die Rechten sind noch immer da.“ Stattdessen müsse man breite Bündnisse anstreben. Solche Bündnisse führten in Griechenland

dazu, dass nahezu alle Zentren der faschistischen Partei „Goldene Morgenröte“ geschlossen wurden. Dabei dürfen unterschiedliche Positionen zu anderen Themen nicht im Weg stehen. Die einen wollen nicht mit den anderen, weil sie an sozialen Kürzungen mitgewirkt haben oder ein vermeintlich antisemitisches oder rassistisches Mitglied haben. Die einen sind lieber für Israel, die anderen für Palästina. Dritte wollen nicht mit den „Agenda-Parteien“ zusammenarbeiten. Doch im Kampf gegen rechts darf das alles keine Rolle spielen. Dort kommt man zusammen, weil man zwei Punkten zustimmt: Man ist gegen Rassismus jedweder Art und gegen Faschismus jeglicher Farbe. Ohne eine Aktionseinheit wird es keine größeren Demonstrationen, Blockaden oder Ähnliches geben. Damit drückt sich die Radikalität nicht in der Aktionsform aus, sondern in dem Ziel, das sie verfolgt, und mit welcher Leidenschaft man seine Aktivitäten ausfüllt.

Wer für Demokratie und Vielfalt und gegen Rassismus und Faschismus ist, sollte jeden ersten Donnerstag im Monat um 17.30 Uhr an der Kundgebung von „Steele bleibt bunt“ teilnehmen und sich darüber hinaus in „Essen stellt sich quer“, „Steele bleibt bunt“ oder bei der Partei DIE LINKE einbringen. Die Parlamente und Institutionen werden uns diesen Kampf nicht abnehmen.

Erster Erfolg: Polizist Andreas W. versetzt

Der Steeler Polizeibeamte Andreas W., der sich beim Weihnachtssingen der „Steeler Jungs“ in Uniform mitten unter ihnen ablichten ließ und sich nicht nur bei dieser Gelegenheit mit den SJ verbrüderte, ist versetzt worden. DIE LINKE. Essen hatte Dienstaufsichtsbeschwerde beim Polizeipräsidenten eingelegt (wir berichteten in der letzten Ausgabe).

Der Polizeipräsident mag in seiner schriftlichen Stellungnahme zwar ansonsten keine Anhaltspunkte für Fehlverhalten erkennen. Dennoch zeigt die Versetzung, was man öffentlich nicht zugeben mag: dass gezeigt werden musste, dass nicht jedes Verhalten eines Polizisten im Dienst geduldet wird.

Bürgerforum gegründet

Rüttenscheid geht überall!

von Stefan Hochstadt

In Essen werden Menschen, die sich mit eigenen Auffassungen in die lokale Politik einmischen, ja gerne mal als „Quaker“ bezeichnet – nicht von irgendwem, sondern von hochrangigen Vertretern der Stadt. Gewissermaßen als Ausweis eines tiefstehenden Verständnisses von Demokratie.

Da wird Politik beinahe von Gottes Gnaden gemacht, da werden Entscheidungen vom Thron des Allwissenden verkündet. Und jeder (und jede sowieso), der (bzw. die) anders denkt, ist bestenfalls uninformiert, schlimmstenfalls ein Ärgernis, jedenfalls ein Sandkorn im Getriebe des Motors der Stadt.

Gut also, dass sich die Men-



schon in Rüttenscheid auf ihre Rechte als Bürgerinnen und Bürger, auf ihre Kompetenz im Stadtteil und auf ihre Lust besinnen, sich einzumischen. Konnte die Stadt beim Bauvorhaben „Henri Dunant“ noch in althergebrachter Weise jeden vorgebrachten Einwand komplett ignorieren und die Interessen des Investors durchsetzen (und in ganz schlechtem Stil auch heute noch jede Gelegenheit nutzen, nachzutreten), könnte das künftig schwerer fallen.

Am 27. März hat sich das Bürgerforum Rüttenscheid gegründet, an dem Menschen teilnehmen, die zweierlei gemeinsam haben: Sie alle wohnen in Rüttenscheid, und sie alle setzen sich ein für ein Rüttenscheid, das auch in Zukunft noch attraktiv ist. Doch anders als die beam-

teten Vertreter der Stadt, die gerne weiter im Süden siedeln, maßen sich diese Menschen nicht an, besser als andere zu wissen, was gut ist für das Quartier und was nicht. Sie wollen den Menschen, allen Menschen in Rüttenscheid die Gelegenheit geben, mitzureden und ihren Teil dazu beizutragen für einen schönen und lebenswerten Stadtteil.

Deshalb findet am 7. Mai 2019 das 1. Rüttenscheider Bürgerforum um 19.30 Uhr im Saal der Reformationskirche in der Julienstr. 39 statt. Dazu sind alle, wirklich alle Menschen in Rüttenscheid sehr herzlich eingeladen. Dahinter steht die ernst ge-



Stefan Hochstadt ist Soziologe und Stadtplaner, außerdem Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE. Essen

meinte Aufforderung, sich einzubringen, sich einzumischen, selbst darüber mitzuentcheiden, wie es weitergeht im Quartier, und diese Entscheidung also nicht gottvatergleichen Vertretern des letzten Politikjahrtausends zu überlassen.

Aber die Erzählung wäre nicht rund, würde sie nicht enden mit dem Hinweis an die 565.000 Essenerinnen und Essener, die nicht in Rüttenscheid, sondern in einem der vielen anderen von Investoren geschundenen Stadtteile wohnen: Auch Ihr könnt, was die Rüttenscheiderinnen und Rüttenscheider tun! Organisiert Euch, nehmt Eure Interessen in Eure eigenen Hände. Kämpft für eine gute Nachbarschaft!

Rat befürwortet Olympia

Denn sie wissen nicht, was sie tun

von Wolfgang Freye

Mit den Stimmen der Großen Koalition, der FDP und des EBB hat der Essener Stadtrat im Februar beschlossen, die Bemühungen des Vereins „Rhein Ruhr City 2032“ für eine Bewerbung von 14 Städten im Rheinland und im Ruhrgebiet für die Olympiade 2032 zu unterstützen.



Damit ist die Ratsmehrheit einschließlich der SPD, die im Landtag Opposition ist, dem Wunsch von NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) gefolgt. Ein gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen DIE LINKE und Bündnis 90/Grüne, möglichst bald die Bürgerinnen und Bürger in einem Volks- oder Ratsbürgerentscheid zu Wort kommen zu lassen, wurde abgelehnt.

Damit hat die Ratsmehrheit Fakten geschaffen, obwohl sie gar nicht weiß, auf was sie sich einlässt. Bisher liegen nämlich keine auch nur halbwegs soliden Aussagen über Kosten und Nutzen einer Olympiade in der Region vor. Allein die letzten Bewerbungen waren mit 30 bis 50 Milli-

Aussagen. Von den Befürwortern wird behauptet, dass es für die meisten Sportarten in der Region bereits geeignete Sportstätten gäbe. Verschwiegen wird dabei, dass viele davon schon heute Sanierungsfälle sind. Auch die Arena von Schalke 04 oder das Stadion von Borussia Dortmund müssten zumindest auf olympische Sicherheitsstandards aufgerüstet werden. Eine Studie der Universität Oxford kam zu dem Schluss, dass vergangene Olympische Spiele am Ende Kostenüberschreitungen von durchschnittlich 252 Prozent (!) zu verzeichnen hatten, d.h. zweieinhalbmal so viel kosteten wie geplant. Für Hamburg lagen sie bei 11,22 Milliarden Euro, von denen die reiche Stadt 1,2 Milliarden Euro selbst tragen sollte.

Der Olympische Gedanke, der den sportlichen Wettstreit „Dabeisein ist alles“ in den Vordergrund stellt, steht für das positive Ziel der Völkerverständigung. In der Praxis jedoch hat das Olympische Komitee seit vielen Jahren vor allem mit Skandalen um Korruption, Bestechungsgelder, Stim-

RWE-Stadion (seinerzeit noch im Bau): Am liebsten für die Eröffnungsfeier?



Wolfgang Freye ist Ratsherr für DIE LINKE. Essen

menkauf und Höchstgehältern von Sportmanagern von sich reden gemacht. Auch das war ein Grund dafür, warum die letzten Bewerbungen aus Deutschland – Garmisch-Partenkirchen für die Winterspiele 2022 und Hamburg für die Sommerspiele 2024 – an sehr eindeutigen Bürgerentscheiden scheiterten.

Kein Wunder, dass sich auch das deutsche Olympische Komitee noch gar nicht zu der Frage geäußert hat, ob es eine deutsche Olympia-Bewerbung für 2032 überhaupt unterstützen würde. Bisher bauen Herr Laschet und die anderen Olympia-Befürworter in NRW an nicht viel mehr als einem Luftschloss. Die Ratsfraktion DIE LINKE ist in jedem Fall für eine frühe Befragung der Einwohnerinnen und Einwohner von NRW oder zumindest der beteiligten Städte. Ein solcher Entscheid könnte mit der Kommunalwahl 2020 verbunden werden. Eine Befragung erst 2024, wie sie der Chef von „Rhein Ruhr City 2032“, der Sportmanager Michael Mronz, für möglich hält, ist nach Ansicht der Ratsfraktion DIE LINKE zu spät. Zu diesem Zeitpunkt muss die Bewerbung schon eingereicht worden sein.

Cranachhöfe Holsterhausen

Grünfläche sinnvoll nutzen

von Heike Kretschmer

In der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Essen-West legte Grün und Gruga die Neuplanung für die Gestaltung der Grünverbindung zwischen den Cranachhöfen und der Cranachschule vor.



Heike Kretschmer ist Fraktionsvorsitzende DIE LINKE. in der Bezirksvertretung Essen-West

Ein Teil der Fläche soll perspektivisch der Schule zur Verfügung gestellt werden. Das ist sinnvoll. Dabei sollte die Fläche dann auch für Kinder nutzbar werden, die etwa das Jugendhaus Rubensstraße oder das Falkenzentrum besuchen.

Die Anregungen der Bürger*innen aus unserer Veranstaltung im Januar zur

Gestaltung der Fläche sind zum Teil eingeflossen, so zum Beispiel bei der Gestaltung der Wege oder dem Anlegen eines Ruhebereiches.

In der Sitzung regte DIE LINKE außerdem an, die Ideen des Tvg. Holsterhausen 1893 e.V. stärker zu berücksichtigen. Der Verein möchte Geräte aufstellen, die die Bewegung fördern und das geplante Hoodtraining ermöglichen.

Grün und Gruga hat zugesagt, die Fachleute in die Auswahl der angedachten Spiel- und Bewegungsselemente einzubinden. Im Mai wird der Umweltausschuss darüber beschließen.

Altes VHS-Gelände:

Schulerweiterung ist gute Alternative

In letzter Minute gepulst ist der vor längerer Zeit vom Rat beschlossene Verkauf des ehemaligen Volkshochschulgeländes an der Hollestraße an den Projektentwickler Kölbl Kruse. Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE ergeben sich dadurch neue Chancen.

Vor einem Jahr warf die Frida-Levy-Gesamtschule ihren „Hut“ in den Ring, das

Grundstück für einen Teilneubau der maroden Schule zu nutzen. Diese Option könnte nun doch noch umgesetzt werden. Entsprechend haben rund 1.000 Schülerinnen und Schüler am Tag vor der letzten Ratsitzung ihrem Anliegen mit einer Demonstration vor dem Rathaus Nachdruck verliehen. Immerhin hat der Rat den Verkauf an den zweithöchsten Bieter auf Eis gelegt, um eine alternative

Ausgehtipp

DO, 2. Mai, 17.30 Uhr
Steele bleibt bunt: „Kundgebung gegen Steeler Jungs“, Kaiser-Otto-Platz

DO, 2. Mai, 19 Uhr
Steele bleibt bunt: „Das wird man wohl noch sagen dürfen“ mit Franziska Schreiber und Marcus Bensmann, Paßstraße 5 im Saal der Fürstin-Franziska-Christine-Stiftung

FR, 3. Mai, ab 8 Uhr
Fridays for Future u.a.: Mahnwache vor der Grugahalle vor der Hauptversammlung der RWE-Aktionär*innen, danach ab 10.30 landesweite Schülerdemo von der Grugahalle zum Willy-Brandt-Platz

DI, 7. Mai, 10.30 Uhr
LINKE: Spitzenkandidat*innen Özlem Demirel & Martin Schirdewan in Essen, Willy-Brandt-Platz am Hbf

DO, 9. Mai, 15 Uhr
LINKE: Infostand mit Lesung zum „Tag des Sieges über den Faschismus“, Kaiser-Otto-Platz in Steele

MI, 15. Mai, 19 Uhr
Essener Friedensforum: „Die Dämonisierung Russlands“ mit Reinhard Lauterbach, VHS am Burgplatz

DO, 23. Mai, 19 Uhr
Essen gegen Abschiebung: „Strategie für die Festung Europa?“ mit Meral Zeller und Leonie Jegen, VHS am Burgplatz

SO, 26. Mai, 17.30 Uhr
LINKE: erst wählen gehen, dann zur Wahlparty ins HR-Haus, Severinstraße 1

Regelmäßig:

DIE LINKE im Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1: MO, 17.30 Uhr: Ratsfraktion

DI, 18.30 Uhr: linksjugend [solid] essen

DO, 19 Uhr: Aktiventreffen

1.+3. DI, 18.30 Uhr: Arbeitskreis ÖPNV

1.+3. DI, 10 Uhr: Erwerbslosenfrühstück

2.+4. MI, 18 Uhr: Kreisvorstand

Letzter FR im Monat: DIE LINKE. Essen-West, Haus Lütringhaus, Gervinusstr. 6

1.+3. MO, 19 Uhr: Essen stellt sich quer, Steubenstraße 49

3. DO, 19 Uhr: Rosa-Luxemburg-Club, Monatstreffen im HR-Haus

1. DO, 19 Uhr: Attac, Monatstreffen in der VHS am Burgplatz

Nutzung des Geländes noch einmal zu prüfen. Das ist ein Erfolg!
Eine Lösung für die Schule wird immer dringlicher. In jedem Fall sollte die Stadt Essen die städtebaulichen Gestaltungsmöglichkeiten durch den Verkauf eigener Grundstücke gerade in der Innenstadt nicht aus der Hand geben. Viele städtische Grundstücke gibt es dort nicht mehr.
Wolfgang Freye

Die Kehrseite



Original ...

Hier der ursprüngliche „Harry Hase“, der Schoko-Osterhase, wie wir ihn kennen und lieben.



... und Fälschung

Und hier die plumpe Fälschung des Herrn Reil, der jetzt mächtig Ärger mit Ferrero hat.

angeraucht

Shisha-Bar? Nein! Doch! Hhhnnn?!

von Stefan Hochstadt

Bringt Eure Frauen und Töchter in Sicherheit, der Muselman steht vor Rüttscheid! Oh wie dankbar müssen wir den tapferen teutonischen Kämpfern der einzigen dumpf-blau-deutschen Alternative sein, uns vor den abgründigen Gefahren zu warnen, die uns mit Feuer, Schwert und Tabak (unverzollt, höchstwahrscheinlich) ins morgenländische Gestern zu bomben drohen.

Denn, Männer, aufgepasst! Auf der Rüttscheider Straße eröffnet eine, man darf es - oh Voldemort - eigentlich gar nicht sagen, eine ... Shisha-Bar. Nein. Doch. Oh mein Gott!

Auch die Interessengemeinschaft Rüttscheid, selbstverständlich außerhalb jeden Verdachts stehend, irgendwie toitsch-tumb zu sein, sondern allein dem Markt verpflichtet, findet das gar nicht gut, dass da ein Etablissement im wohlfeilen Rüttscheid eröffnet. Direkt auf der Rü, also gewissermaßen der Aorta des libertär-urban-entspannt-geldumsetzenden Rüttscheid. Natürlich beobachte man diese unerfreuliche und ungewünsch-

te Eröffnung mit Argwohn und jederzeitiger Bereitschaft einzugreifen.

Dass es - pflastersteinwurfnahe - in Rüttscheid schon längst zwei Shisha-Bars gibt, von denen eine sich gerade

mit behördlichen Auflagen rumschlägt, scheint da niemandem aufzufallen. Für Freundinnen und Freunde einer gepflegten aromatischen Rauche - sie finden sich beide in der Alfredstraße, die eine ein paar Meter südlich, die andere ein paar Meter nördlich vom Stern. Wohl bekomm's.

Aber zurück zum Damoklesschwert abendländischer Selbstgewissheit: Was macht man mit einer Straße, in der dauernd neue Geschäfte eröffnen, weil sie auf guten Umsatz hoffen und dafür mit Geschäftsmodellen aufwarten, die den Blick für die Lücke haben? Gestern eine Hamburger-Braterei, heute eine Döner-Bude, morgen ein Fisch-Laden und übermorgen eine Shisha-Bar. Tja, ich würde sagen - als Rüttscheider: reingehen und ausprobieren. Ich bin ja eher skeptisch, dass zwei Berliner Jungs ganz ohne Vanille im Blut gute Shishas machen können.

Aber geben wir ihnen eine Chance! Und wenn's nicht klappt - meine Güte, dann gönne ich mir halt noch 'n Cocktail bei Muzaffer ... dem Betreiber des Zucca und des Zizou ... darf der das eigentlich?

Und wieso gibt es noch keinen Aufruhr gegen den galoppierenden Ausverkauf unserer Rü an all die arabischen Läden, wo geschächtete Falafel feilgeboten wird?

Allahu Akbar! Aber echt jetzt.

Frank & Frei

Im Spendensumpf

steckt Guido Reil, und zwar ganz tief. Eine Werbeagentur aus der Schweiz erbrachte für ihn im Landtagswahlkampf Leistungen im Wert von 44.500 Euro. Das fliegt ihm nun um die Ohren. Denn diese Leistungen finden sich nicht in den Büchern der Partei. Illegal, denn nicht nur Geldspenden, sondern auch gespendete Dienstleistungen müssen verbucht und ab 10.000 Euro auch veröffentlicht werden.

Reil befindet sich da in schlechter Gesellschaft seiner Parteikolleg*innen Alice Weidel und Jörg Meuthen, die sich ebenfalls verdeckt von Dritten sponsoren ließen. Und die Strafe folgt auf dem Fuße: Die Bundestagsverwaltung kassiert das dreifache der illegalen Spenden. So will es das Parteiengesetz. Ist also nicht so weit hier mit den „Saubermännern“ und „Sauberafrauen“, als die sich AfD-Leute gerne darstellen.



Das alte Lied

wird also wieder aufgelegt. Wie in den 1920er und 1930er Jahren fördert auch heute das große Geld verdeckt die Rechtsparteien. So steckt offenbar der schwerreiche Wohnungsbesitzer Conle, der „sein“ Geld mit der Ausbeutung „seiner“ Mieter*innen zusammengerackelt hat, hinter den angeblichen schweizer AfD-Spendern. Kein Wunder, dass so jemand vermeidet, im Rechenschaftsbericht der Partei genannt zu werden. Die Spendenquittung ist solchen Leuten egal, Steuern sparen sie anderswo. Man spendet vielmehr verdeckt, damit der Öffentlichkeit verborgen bleibt, im Auftrag welcher Herren die AfD unterwegs ist: der Steuerbetrüger, der Milliardäre, der Ausbeuter. Guido Reil, es hat sich ausgekumpelt!

Europabesoffen

zeigen sich derweil die Grünen und beschwören ein Europa, dass es auch wegen ihrer Kriegsbeteiligung und der Agenda-Politik nicht gibt. Passend die Aussage auf den Wahlplakaten: „Europa ist die beste Idee, die Europa je hatte“. Das ist so gehaltvoll wie der Satz: „Europa ist da, weil es da ist“ oder: „Hier ist die Macht, weil die Macht hier ist“. Die grüne Basis lässt sich derweil mit der Erinnerung an wohlige Zeiten mit Interrail und Erasmus-Studium blenden und verwechselt konsequent Europa mit der EU. Auch die SPD geht mit dem „Friedensprojekt Europa“ hausieren. Wen will sie damit einwickeln außer denen, die nicht mitbekommen haben, dass die Spezialdemokraten die Hochrüstung in Deutschland und Europa immer wieder unterstützen? Möge die Macht nicht mit Dir sein!

Die unmögliche Tatsache

von Christian Morgenstern (1871 - 1914)

*Palmström, etwas schon an Jahren,
wird an einer Straßenbeuge
und von einem Kraftfahrzeuge
überfahren.*

*„Wie war“ (spricht er, sich erhebend
und entschlossen weiterlebend)
„möglich, wie dies Unglück, ja -:
daß es überhaupt geschah?*

*Ist die Staatskunst anzuklagen
in bezug auf Kraftfahrwagen?
Gab die Polizeivorschrift
hier dem Fahrer freie Trift?*

*Oder war vielmehr verboten,
hier Lebendige zu Toten
umzuwandeln, - kurz und schlicht:
Durfte hier der Kutscher nicht?“*

*Eingehüllt in feuchte Tücher,
prüft er die Gesetzesbücher
und ist alsobald im klaren:
Wagen durften dort nicht fahren!*

*Und er kommt zu dem Ergebnis:
„Nur ein Traum war das Erlebnis.
Weil“, so schließt er messerscharf,
„nicht sein kann, was nicht sein darf.“*

Rätsel-Ecke

1				7	M		R	Z
	R	G	N				M	
	A	Z		O			N	g
N		5		A	6			V
	V			R	N	Z		
		M	O	Z			A	2
Z		A	V		G	O		
	N		3	E		4		A
	8		Z	M		G	V	9

Lösung:

1	2	3	4	5	6	7	8	9
---	---	---	---	---	---	---	---	---

Was will DIE LINKE richtig besteuern?

Gesucht wird etwas, das nach Auffassung der Partei DIE LINKE richtig versteuert werden muss, damit es allen besser gehen kann. So schwer sollte das nicht sein, auch wenn das Sudoku mit Buchstaben statt Zahlen etwas ungewohnt aussieht.

Wir verlosen wir das Buch unseres Parteivorsitzenden Bernd Riexinger: „Neue Klassenpolitik - Solidarität der Vielen statt Herrschaft der Wenigen“.



Lösungen bitte per Post oder E-Mail an: Essener Morgen, DIE LINKE. Essen, Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, 45127 Essen, redaktion@essener-morgen.de. Einsendeschluss: 15. Juni 2019. Auch diesmal können alle teilnehmen, sogar die Angehörigen der Redaktion. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.